

WALTER EUCKEN

NATIONALÖKONOMIE
WOZU?

*Vierte unveränderte
Auflage*

VERLAG HELMUT KÜPPER VORMALS GEORG BONDI

INHALT

Vorbemerkung	7
I. Was will die Nationalökonomie?	9
II. Über Arbeitsweise und Leistungen der Nationalökonomie	17
A: Die große Antinomie	17
B: Ihre Überwindung	24
III. Über die zweifache wirtschaftspolitische Auf- gabe der Nationalökonomie	43

Vierte Auflage 1961

© by VERLAG HEIMUT KÜPPER VORMAIS GEORG BONDI

Düsseldorf und München

Gesamtherstellung Roetherdruck Darmstadt

liche Ansicht? Es gibt Männer der wirtschaftlichen Praxis, der Politik und Verwaltung, die den ernsthaften Wunsch gehabt haben, das Wirtschaftsleben in seinen Zusammenhängen wahrhaft kennenzulernen und die sich deshalb der Nationalökonomie zuwandten, die hoffnungsvoll suchten, aber ein wechselndes Gegenüber von Meinungen vorfinden, unfruchtbare Streitigkeiten über Definitionen, persönliche Auseinandersetzungen, aussichtslose Kämpfe um Methodenfragen. Deshalb wandten sie sich entstäuscht ab. Und dieser Eindruck wird durch gelehrte Propheten auch noch bestätigt, die nacheinander erscheinen und von denen jeder einzelne behauptet, durch ihn würden die bisherigen nationalökonomischen Systeme widerlegt, das Richtige sei erst jetzt gefunden. Aber auf jeden solchen Propheten ist das Bibelwort anwendbar: »Siehe, die FüÙe derer, die dich heraustragen werden, stehen schon vor der Türe.« Bald folgt ein anderer, der etwas Neues zu verkünden vorgibt und der den Vorgänger beiseite schiebt. So geht es fort. Ist es nicht zwecklos, einer solchen Wissenschaft zu vertrauen? – Hiermit ist die Haltung mancher Menschen zur Nationalökonomie kurz bezeichnet. Während das Interesse für wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Probleme gegenwärtig stark ist, stößt die *Wirtschaftswissenschaft* bisweilen auf Skepsis und Ablehnung.

Verständlich ist diese Haltung. Denn gerade auf dem Felde der Wirtschaft ist es für den Außenstehenden nicht leicht, Meinungen der Ideologen und Interessenten von echter Wissenschaft zu unterscheiden. Man muß den lauten Markt verlassen und versuchen, in die Werkstatt dieser eigenartigen Wissenschaft einzudringen, in der heute sehr viel geschieht. Die Tür zu dieser Werkstatt ist aber nicht leicht zu finden, und die Wissenschaft hat die Pflicht, sie besser zugänglich zu machen. Noch mehr: Ablehnung und Skepsis, auf die sie heute manchmal stößt, zwingen die Nationalökonomie zu grundsätzlicher Selbstbesinnung. Vor der Leugnung ihrer Existenzberechtigung darf sie nicht die Augen verschließen. Ausweichen wäre Schwäche. *Wozu also Nationalökonomie?*

I. WAS WILL DIE NATIONALÖKONOMIE?

1. Was die Nationalökonomie will, zeigt uns der wirtschaftliche Alltag, den wir alle erleben. – Der Ingenieur A, der in einer Berliner Maschinenfabrik arbeitete, war Raucher. Zu Beginn des Jahres 1928 wurde er Nichtraucher. Den Betrag von 100 Mark, den er dadurch im Jahr erübrigte, verwendete er dazu, sich statt eines Anzugs – wie früher – zwei Anzüge im Jahr zu kaufen. Der Entschluß des Ingenieurs war keineswegs nur für ihn wichtig. Offensichtlich wirkte seine Durchführung sehr weit. Weil für 100 Mark Zigarettennachfrage ausfiel, fehlte auch Nachfrage nach Zigarettenarbeit, Zigarettenmaschinen, Tabak usw. Ein sehr kleiner Ausfall, aber immerhin ein Ausfall. Umgekehrt erhöhte der Ingenieur die Nachfrage nach Wolle, Textilarbeitern und Textilmaschinen. Vielleicht wurde der Entschluß des Ingenieurs durch entgegengesetzte Entscheidungen anderer Menschen ausgeglichen. Wenn nicht, wenn im Gegenteil viele andere ähnlich disponierten, war eine Umlenkung der Produktion nötig; die Erzeugung von Zigaretten mußte verringert, die von Anzügen erhöht werden. Wie geschah das? Wer sorgte dafür, daß das riesige Getriebe der modernen Wirtschaft sich an diesen Stellen leuchtet dabei auf: Wie wurde dafür gesorgt, daß gewisse Mengen von Tabak und Wolle von bestimmter Qualität hergestellt, verarbeitet, verarbeitet, gewisse Arbeiter in der Tabak- und Tuchherstellung beschäftigt wurden? Oder *noch* allgemeiner: Wie werden überhaupt die produktiven Kräfte in die vielen Kanäle gelenkt? Wie werden sie auf die Zehntausende von Produktionszweigen verteilt? – Kehren wir aber zu dem Ingenieur zurück. Die 100 Mark, die er durch Einstellung des Rauchens erübrigte,

verwandte er im nächsten Jahr – 1929 – nicht zum Kauf eines Anzugs, sondern er trug sie auf die Bank und ließ sich dort ein Sparkonto einrichten. Er sparte also. Nunmehr kaufte er mit ihnen weder Zigaretten noch einen Anzug noch ein anderes Konsumgut. Er verzichtete in diesem Jahre auf Konsum. Was geschah mit den 100 Mark? Irgendwie mußten sie sich doch auswirken. Aber in welcher Weise und wo? Auch hier erscheint ein allgemeines Problem: Welche Verschiebungen löst das Sparen im Wirtschaftsprozeß aus? Welche für den Augenblick, welche für später?

Der Ingenieur machte eine Erfindung, die seine Firma patentierte und die ihr auf einem Spezialgebiet des Textilmaschinenbaus einen vorübergehenden Vorsprung vor den Konkurrenzfirmen verschaffte. Auch hierdurch – nicht nur durch Konsumänderung und durch sein Sparen – beeinflußte der Mann das wirtschaftliche Geschehen. Wie ein Stein, der ins Wasser fällt, nach allen Seiten Wellen schlägt, so auch diese Erfindung. Die Lage seiner Firma wie auch der Konkurrenzfirmen auf dem Marke veränderte sich, ebenso die Versorgung der Maschinenkäufer und vielleicht auch der letzten Konsumenten von Textilwaren, welche mit diesen Maschinen hergestellt wurden. Vielleicht verschob sich auch die Lage der Arbeiter bei den Käuferfirmen, weil die Erfindung es ermöglichte, die Bedienung der Maschinen zu verringern. Diese eine kleine Erfindung warf somit viele große und allgemein-wichtige Fragen auf: Warum wird eine Erfindung angewandt? Verbessert oder verschlechtert sie die Lage der Arbeiter? Wo und wie weit führt sie zu Gewinnen? Verbessert sich die Versorgung der Konsumenten? Welche Umstellungen im Produktions- und Verteilungsprozeß werden durch die Erfindung überhaupt ausgelöst?

Der Ingenieur bezog ein monatliches Einkommen von 500 Mark. Er wirkte also nicht nur in den arbeitsteiligen, gesellschaftlichen Wirtschaftsprozesse seines Volkes hinein, sondern umgekehrt war er auch von ihm in seiner ganzen wirtschaftlichen Existenz abhängig. Wie bildete sich sein Einkommen? Wie kam es, daß ihm Güter im Werte von 500 Mark zufließen? Wie erklärt es sich, daß er aus einem Kapital von 2000 Mark, das ihm gehörte, jährlich 100 Mark Zinsen bezog? Wir hätten diese Fragen auch schon früher aufwerfen können: Alle Menschen, die an dem Anzug mit-

arbeiteten, vom Arbeiter auf der australischen Farm bis zu dem Angestellten im Bekleidungs-geschäft, taten das nicht unentgeltlich; alle bezogen Lohn oder Gehalt. Wiewiel erhielten sie? Welcher Zusammenhang bestand zwischen den 100 Mark, die der Ingenieur für den Anzug zahlte, und den zahllosen Einkommen, die alle Mitwirkenden am Produktionsprozeß bezogen? Offensichtlich ist der einzelne Mensch, der einzelne Haushalt und der einzelne Betrieb nur ein Glied eines sehr großen Ganzen. Vom Tun des Ingenieurs – von seinem Arbeiten, seinem Kaufen, seinem Sparen – spüren ungezählt viele andere Menschen eine Wirkung, und ebenso ist sein eigenes wirtschaftliches Schicksal vom Tun ungezählt vieler anderer Menschen abhängig. *Das Ganze muß man in seinen Zusammenhängen kennen, um die wirtschaftliche Existenz des Einzelnen zu verstehen.* Und diese Erkenntnis ist es, welche die Nationalökonomie sucht.

Wir können auch von einer ganz anderen Seite an die Dinge herangehen. Eben faßten wir einen Einzelnen von den 67 Millionen Deutschen ins Auge, der mitten im riesigen wirtschaftlichen Getriebe der Gegenwart stand. Nun wechseln wir den Standort und nehmen an, wir könnten von ferne – aus der Vogelperspektive – einige Zeit lang die Erde beobachten. Was würden wir sehen? Nicht so genau den Einzelnen, wohl aber das Ganze, wenn auch nur von außen. Jahr für Jahr werden auf der Erkruste die Felder bestellt, werden Weizen, Roggen, Gerste, Baumwolle, Reis und viele andere Feldfrüchte geerntet. Die Ernten werden über die Erde durch Schiffe, Eisenbahnen, Kraftwagen verteilt, auf Vorrat genommen, verarbeitet und verbraucht, und zwar in Form von Brot, Fleisch, Kleidung und dergleichen. Holz wird geschlagen, Eisenerz, Kupfererz und Kohle gefördert und ebenso den verschiedensten Verwendungen zugeleitet. Warum werden gerade diese Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigwaren gewonnen, warum verteilen sie sich örtlich in gewisse Verbrauchsgebiete, warum strömen sie zum Konsum den einzelnen Menschen in gewissen, ungleichen Quantitäten zu? Warum werden bei Durchführung des Ackerbaus und bei der Viehzucht, bei der Webwarenherstellung und bei der Eisenerzeugung in den einzelnen Teilen der Erde ganz verschiedene technische Methoden angewandt? Wir sehen Länder von sehr verschiedenartiger Struktur: Deutschland und China, England und Ägypten. Aber überall

zahlreiche landwirtschaftliche, handwerkliche, industrielle und andere Betriebe, zahlreiche Haushalte, die in Beziehung zueinander stehen; überall eine gewisse Regelmäßigkeit, mit der produziert, die Arbeitskräfte eingesetzt und die Güter verteilt werden. Deutlich heben sich die staatlichen Grenzen ab, innerhalb deren der Verkehr viel intensiver ist als über die Grenzen hin und her. Kurz, wir sehen überall – von außen – den *wirtschaftlichen Alltag*. In ihm macht sich eine gewisse Gleichförmigkeit geltend; er wiederholt sich Tag für Tag und Jahr für Jahr.

Bei längerer Beobachtung allerdings muß der Betrachter der Erkrugel eine wichtige Feststellung machen: Die alltäglichen Wirtschaftsprozesse verändern sich langsam. Er bemerkt, daß trotz aller historischen Kontinuität eine Entwicklung erfolgt. Neue Fabriken entstehen, neue Straßen und Schiffe werden gebaut, die Güterströme vergrößern sich, schlagen andere Wege ein und wenden mit Hilfe neuerer Maschinen verarbeitet. Gebiete, die schwach besiedelt waren, werden dichter bevölkert und intensiver bebaut; industrielle Anlagen, die sich früher nur in wenigen europäischen und amerikanischen Ländern zeigten, tauchen allmählich auch in anderen Ländern auf. Mit neuen Methoden wird der Boden bearbeitet. Aber der Betrachter sieht auch, daß diese Veränderungen sich nicht gleichmäßig, sondern ruckartig vollziehen. Bisweilen – etwa in den Jahren 1929 bis 1932 – feiern Millionen von brauchbaren Arbeitskräften, stehen zahlreiche Maschinen still, häufen sich die Vorräte, sind nur wenige Neuanlagen feststellbar: Krise und Depression. Zu anderen Zeiten – etwa nach 1932 – versdwinden die Arbeitslosen, schrumpfen die Vorräte, häufen sich die Investitionen, erhöht sich also das Tempo der Entwicklung: Aufschwung. Es ist das Phänomen der Konjunkturschwankung.

Wie wird dieses riesige Getriebe, das da auf der Erdoberste abläuft und von dem die Existenz aller Menschen abhängt, gelenkt? Damit ist das eine Hauptproblem der Nationalökonomie kurz bezeichnet.

Alle Wissenschaften entstehen aus Problemen. Ihre Absichten, Methoden und Ergebnisse können nur von ihren Problemen her verstanden werden. Wer die Probleme der Nationalökonomie nicht sieht, wenn es gleichgültig ist, wovon der wirtschaftliche

Alltag abhängt, wer nicht erkennt, welche wachsende praktische Bedeutung die Fragen der Nationalökonomie haben und wie sie in das Schicksal von ungezählten Menschen bestimmend eingreifen, – der wird nie eine Beziehung zu dieser Wissenschaft gewinnen, mag er noch so viel Bücher darüber lesen oder schreiben. Wer sich nicht wundert, wer nicht staunt, wird leicht zum Spötter über die Wissenschaft. Aber dieser Spott ist billig und nichtssagend. – Nicht Definitionen und Wortanalysen oder methodologische Reflexionen oder die Aufzählung früherer und heutiger Lehrmeinungen öffnen die Tür zur Nationalökonomie, sondern allein die Anschauung des wirtschaftlichen Alltags und die Probleme, die angesichts dieses Alltags gestellt werden. Freilich gilt auch hier der Satz von Christian Morgenstern: »Man sieht oft etwas hundertmal, tausendmal, ehe man es zum allerersten Mal wirklich sieht.«

Von welcher Einzelfrage aus Jemand zur Nationalökonomie kommt, ist nicht entscheidend. Wesentlich ist nur, daß er überhaupt fragt. Der Eine mag fragen, wie es zu einer Wirtschaftskrise kam, die er durchlebte, zur Stilllegung vieler Betriebe, zu Rückgang der Produktion und zu Arbeitslosigkeit. Der Andere faßt diese Frage etwas enger und will Klarheit darüber gewinnen, ob wirklich die »Allgemeine Überproduktion« an der Wirtschaftskrise schuld war – wie so oft behauptet wird. Ein Dritter fragt, wie sich das Sparen auf den Produktionsprozeß auswirkt, ob es die Produktion fördert oder behindert. Ein Vierter will wissen, wodurch und wie die Passivierung der Handelsbilanz seines Landes in den letzten Jahren verursacht wurde und ob sie wirklich so schädlich war, wie viele sagen. Wer eine dieser Fragen oder irgendeine andere Frage nach den Zusammenhängen des wirtschaftlichen Alltags ernstlich aufgreift und verfolgt, beginnt in die Nationalökonomie einzudringen und kann Verständnis für die geistige Arbeit gewinnen, die sie geleistet hat.

2. Aber, so könnte man einwenden, ist denn zur Lösung dieses Problemkomplexes eine Wissenschaft nötig? Genügt nicht die *Alltags*erfahrung, um Fragen zu bewältigen, die der wirtschaftliche *Alltag* stellt? Weiß nicht der Industrielle, der Landwirt, der Händler, der Arbeiter am besten selbst, wodurch sein wirtschaftliches Schicksal bestimmt ist? Sie alle stehen mitten im wirtschaft-

liden Leben. Sollten sie nicht auch wissen, wo sie der Schuh drückt? Ist nicht der gesunde Menschenverstand der Praktiker am meisten geeignet, Fragen zu beantworten, die den Praktiker in erster Linie angehen? Wozu braucht man hierzu eine besondere *Wissenschaft*?

Weil die Alltagsfahrrung vor diesen Problemen versagen muß – so ist zu erwidern. Und zwar aus doppeltem Grunde:

Der einzelne Praktiker – der Industrielle, Handwerker, Landwirt, Arbeiter – kennt *seine* wirtschaftliche Umwelt. Nicht mehr. Diese seine Umwelt ist eine kleine Welt im großen Kosmos der gesamten Wirtschaft seines Volkes. Selbst der Leiter eines bedeutenden Konzerns kennt aus seiner gesetzmäßigen Erfahrung nur einen kleinen Ausschnitt des ganzen wirtschaftlichen Lebens. Von seinem Punkte aus vernag der einzelne Praktiker die Gesamtzusammenhänge der Wirtschaft nicht zu überblicken, was Einsichtige unter ihnen genau wissen. Die Alltagsfahrrung reicht schon deshalb nicht aus, weil das Geflecht der wirtschaftlichen Beziehungen gerade in der Gegenwart schwer überschaubar ist. Je komplizierter die Wirtschaft wird, um so mehr muß das Alltagsdenken versagen. Besondere wissenschaftliche Methoden sind notwendig, um diese Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Alltagsfahrrung scheidet zugleich aus einem zweiten Grunde: Sie schafft keine nüchtern-objektiven Urteile über die Wirtschaft, sondern sie ist zu einem wesentlichen Teil subjektive Interessensideologie. Jede Hausfrau und jeder Kaufmann, jeder Handwerker und jeder Industrielle bildet sich Urteile auf Grund der eigenen Interessenlage. Nur sehr wenige Persönlichkeiten der wirtschaftlichen Praxis vermögen sich über diesen Interessensstandort zu erheben. Wirtschaft ist Kampf, vielfach sehr harter Kampf. Und in diesem Kampf verwendet ein jeder diejenigen Ideologien, die ihm brauchbar zu sein scheinen. Einflußreich werden solche Ideologien besonders dann, wenn wirtschaftliche Machtgruppen sich ihrer bedienen und sie zu Propagandazwecken benutzen. Mit einem Gegeneinander und Nebeneinander von Ideologien der verschiedensten Interessenten ist das öffentliche Leben erfüllt. Durch dieses Gewirr subjektiver Meinungen und Interessensideologien hindurchzustößen und *wahre* Antworten auf die gestellten Fragen zu finden, ist die Aufgabe der Nationalökonomie. Daß die Alltagsfahrrung aus beiden Gründen nicht

ausreicht und daß der Einsatz wissenschaftlicher Arbeit zur Bewältigung der gestellten Fragen notwendig ist, mag noch an einem Beispiel illustriert werden: In den Jahren 1929 bis 1933 war das Feld der öffentlichen Meinung in Deutschland, in den Vereinigten Staaten und in vielen anderen Ländern von Streitigkeiten darüber beherrscht, welches wohl die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit seien. In Arbeiterkreisen wurde vielfach behauptet, die Löhne seien zu niedrig; infolgedessen könne der größte Teil der Bevölkerung zu wenig kaufen und daher sei es unmöglich, für die Produktion ausreichenden Absatz zu finden. Die Löhne müßten also erhöht werden. Im übrigen sei die Einführung zahlreicher arbeitersparender Maschinen für die umfangreichen Arbeiterentlassungen verantwortlich zu machen: das Tempo der Rationalisierung müsse verringert werden. Machtgruppen, nämlich die Gewerkschaften, machten sich diese Ideologie zu eigen und suchten mit deren Hilfe auch Einfluß auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen. Ganz anders pflegte man in Unternehmerkreisen die Dinge zu sehen: Die Überhöhung der Löhne sei ein wesentlicher Grund für die Entlassung sehr vieler Arbeiter und für die Aufstellung arbeitersparender Maschinen. Die Löhne müßten also herabgesetzt werden. Im übrigen seien die Absatzschwierigkeiten darauf zurückzuführen, daß die Produktion ganz allgemein über den Bedarf hinausgewachsen sei. Somit sei es nötig, für ihre systematische Verminderung zu sorgen. Auch diese Gedanken wurden von Machtgruppen, nämlich von Arbeitgeberverbänden und von Kartellen vertreten.

Solche Erklärungen der wirtschaftlichen Not ergaben sich aus der alltäglichen Erfahrung und aus der Interessenlage. Subjektiv waren sie durchaus verständlich. Mancher Arbeiter hatte erlebt, daß er nach Lohnerhöhungen mehr kaufen konnte als früher. Er hatte auch erlebt, daß nach Aufstellung neuer, arbeitersparender Maschinen ihm oder Freunden gekündigt worden war. Auf Grund solcher Erfahrungen bildete er sein Urteil. Ebenso stand es bei der anderen Seite. Auch die Unternehmer konnten sich auf ihre Betriebsfahrrungen berufen. Sie hatten erlebt, daß Erhöhungen der Löhne Arbeiterentlassungen erzwangen. Und es war verständlich, daß sie angesichts wachsender Absatzschwierigkeiten und überfüllter Warenlager von allgemeiner Überproduktion sprachen und organisierte Verringerung der Produktion verlangten. –

Wer hatte Recht? Bergen diese Argumente einen Wahrheitskern? Wodurch wurde die Arbeitslosigkeit in Wahrheit verursacht? Weil die Alltagsführung vor diesen und vor anderen, ähnlichen Fragen versagt, ist es die *Wissenschaft*, die hierauf die Antwort zu geben hat¹.

¹ Als Einführung in die Nationalökonomie sei vor allem genannt: *W. Röpke*, Die Lehre von der Wirtschaft, 1937, 4. Aufl. 1946.

Zur Geschichte der Nationalökonomie: *Gide und Rist*, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehmeinungen (übersetzt aus dem Französischen 1923); *J. Schumpeter*, Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte (Grundriss der Sozialökonomik, I. Abt. 2. Aufl. 1923; *A. Orlitzky*, Geschichte der Nationalökonomie, Bd. I, 1922; *L. H. Haney*, History of Economic Thought, 3. Aufl. 1936. —

Es ist anregend, fruchtbar und notwendig, die Geschichte einer Wissenschaft — so der Nationalökonomie — zu studieren. Die Probleme und Problemlösungen bedeutender Denker lehren, wesentliche Fragen zu stellen, Wege zu finden und Irrwege zu vermeiden. Wer etwa Klarheit über die Frage haben will, ob es eine »Allgemeine Überproduktion« geben kann, wird der Diskussion des Problems zwischen *Ricardo* und *Malthus*, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts stattfand, sehr gefördert werden. — Und wer ernsthaft wissen will, warum und wie es zur Entstehung des Zinses kommt, wird vieles aus *Böhm-Bawerks* meisterhafter »Geschichte der Kapitalzinstheorien« lernen können. — Aber nur dann ist das Studium der Wissenschaftsgeschichte fruchtbar, wenn man selbst ursprünglich Fragen stellt. Sonst ist es sehr gefährlich. Wer da meint, die Geschichte der Wissenschaft könne die Wissenschaft selbst ersetzen, irrt zu seinem eigenen Schaden. Manche Nationalökonom glauben, die Geschichte der nationalökonomischen Theorien sei Theoretik. So lernen denn viele Anfänger aus dogmengeschichtlichen Darstellungen nacheinander auswendig, was die Merkantilisten, *Smith*, *Marx* usw. gesagt haben, und meinen, auf diese Weise Nationalökonomien werden zu können. Sie werden es ganz gewiß nicht; und sie bleiben vor den Toren der Wissenschaft. Auch die wissenschaftlichen Leistungen der Vergangenheit verstehen sie nicht. Ihr ganzes Tun hat wenig Wert. — Nur die eigene, selbsttätige Auseinandersetzung mit den Fragen unseres Problemgebietes führt zur Nationalökonomie und zum Verständnis früherer Gedankenarbeit.

II. ÜBER ARBEITSWEISE UND LEISTUNGEN DER NATIONALÖKONOMIE

Die Erfüllung ihrer großen Aufgabe ist der Nationalökonomie nicht leicht gemacht. *Außerlich* steht sie auf einem schwierigeren Posten, als irgendeine andere Wissenschaft. Zu den Ansichten vieler Praktiker, auch mächtiger Wirtschaftsgruppen muß sie oft in Widerspruch treten. Politischen Parteien, deren Dogmen sie nicht zustimmt, ist sie unbequem. Mit ihren nüchternen Methoden und exakten Ergebnissen gerät sie ferner häufig in Gegensatz zu den vielen Literaten und Propheten, die mit Affekt, aber wenig Sachkenntnis über die Wirtschaft urteilen und die erhebllich lauter auf der Bühne der Öffentlichkeit auftreten als die Vertreter der Wissenschaft. Wie keine andere Wissenschaft muß sich die Nationalökonomie also im Kampfe durchsetzen. Gegner wird sie immer haben.

Noch bedenkllicher wird ihre Lage dadurch, daß sie auch mit großen *inneren* Schwierigkeiten fertig werden muß und daß der Lösung ihrer Probleme von vornherein ein bedeutendes Hindernis entgegensteht. Vor ihm spaltet sich die Wissenschaft, und es wird auf verschiedenen Wegen versucht, das Hindernis entweder zu umgehen oder zu überwinden. Die Nationalökonomie sieht sich vor eine *Antinomie* großen Stils gestellt. Darüber haben wir nunmehr einiges zu sagen. Denn von hier aus lassen sich Eigenart, Geschichte, Arbeitsweise und Leistung der Nationalökonomie besonders deutlich erkennen, und zugleich stoßen wir dabei auf ein weiteres Hauptproblem.

A. Die große Antinomie

Um die Frage nach den Zusammenhängen des wirtschaftlichen Alltags eines Volkes der Beantwortung näher zu bringen, bietet

Wirtschaftsordnungen und im Gewirr der wirtschaftlichen Machtkämpfe, im scheinbaren Durcheinander der unzähligen alltäglichen Wirtschaftspläne und Entscheidungen entdeckt sie Einheit und Zusammenhang.

III. ÜBER DIE ZWEIFACHE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE AUFGABE DER NATIONALÖKONOMIE

Es gibt Wissenschaften, die einen hohen Bildungswert besitzen, die aber für das praktische Leben nur selten Bedeutung gewinnen, wie etwa die Urgeschichtsforschung, die Archäologie oder die vergleichende Sprachwissenschaft. Die Probleme anderer Wissenschaften sind so gearret, daß ihre Lösungen unmittelbar für die Gestaltung der Wirklichkeit wichtig werden. Zu ihnen gehört die Nationalökonomie.

Hier erhebt sich sogleich eine Vorfrage: *Kann* denn die Nationalökonomie überhaupt wirtschaftspolitischen Einfluß ausüben? Was vermögen die wenigen Gelehrten gegen die starken Kräfte wirtschaftlicher und politischer Parteien? Gestalten nicht massivere Mächte die Wirtschaftspolitik? Wie wenig vermögen Gründe — und wenn sie noch so gut sind — in den Machtkämpfen des Tages, in denen Geltungsdrang und Selbsterhaltungswille und Angst regieren? Verhallen da nicht Argumente der Wissenschaft ungehört? — In der Tat war der *unmittelbare* Einfluß der Nationalökonomie nur manchmal bedeutend. Mit Schritten und Gutachten über Tagesfragen übten die wissenschaftlichen Nationalökonomien nur in einzelnen Fällen einen starken Einfluß aus. Und doch war und ist der wirtschaftspolitische Einfluß der Nationalökonomie groß. Dadurch nämlich, daß sie das volkswirtschaftliche Denken der führenden Schichten der Nationen mitgestalten. Die Nationalökonomie wirkt à la longue.

»Smith wird die jetzige Generation überzeugen und die folgenden beherrschen.« Mit diesem viel zitierten Satz hat ein Zeitgenosse von Smith recht behalten. Die Nationalökonomie war es, welche die gedankliche Vorarbeit für die Einführung der Gewerbefreiheit und des Freihandels leistete. Damals, seit der Wende des

18. zum 19. Jahrhundert, zeigte sie eine starke geschichtsgestaltende Kraft. Von den klassischen Ideen hat auch die Rechtsbildung Impulse erhalten – so das Schuldrecht und das Zwangsvollstreckungsrecht, das Konkurrenzrecht, die Gewerbeordnung, das Gesellschaftsrecht, um nur einige Rechtsgebiete zu nennen. Auch die Währungsordnungen aller Kulturstaaten, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten, sind ohne Kenntnis der vorbereitenden Gedankenarbeit der Nationalökonomien nicht zu verstehen. Bis in diese Zeit hinein haben die klassischen Lehren und Denkweisen die Schicht der Verwaltungsbeamten und Parlamentarier und weite Kreise des Bürgertums in ihren wirtschaftlichen Auffassungen und in ihrem wirtschaftspolitischen Handeln entscheidend beeinflußt.

Später schob sich in Deutschland die Historische Schule mehr und mehr in den Vordergrund, und für die andersgeartete wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung seit den siebziger Jahren gilt ebenfalls, daß sie von dieser stärksten nationalökonomischen Strömung im damaligen Deutschland mitbestimmt wurde. Auf den Universitäten hörten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die späteren Verwaltungsbeamten, Richter usw. die volkswirtschaftlichen Ansichten der Historischen Schule. Hierdurch wurde ihre nationalökonomische Bildung geprägt. Und dieser Einfluß läßt sich bis in die einzelnen sozialpolitischen, handelspolitischen, kartellpolitischen usw. Entscheidungen hinein bis in unsere Tage verfolgen. Deshalb sind auch die Bestrebungen, die Historische Schule zu überwinden und zu einer Erneuerung des volkswirtschaftlichen Denkens zu kommen, nicht etwa eine akademische Angelegenheit, sondern sie greifen viel weiter und sind von der richtigen Überzeugung getragen, daß das volkswirtschaftliche Sehen, Denken und Können ein anderes sein muß, um die drängenden Probleme unseres Zeitalters der Lösung näher zu führen.

Worin bestehen in der Gegenwart die wesentlichen praktischen Aufgaben, an deren Lösung die Nationalökonomie mitarbeitet? – Diese Frage reißt einen Problemkomplex, richtiger zwei große Problemkomplexe auf, die für unser kleines Buch zu groß sind. Aber es muß der Versuch gemacht werden, trotzdem kurz über sie zu sprechen.

1. Die Zeit des Laissez-faire ist vorbei. Das weiß heute jeder. Tagtäglich greifen alle Staaten in den Wirtschaftsprozess ein und begnügen sich nicht damit, eine gewisse Rechtsordnung aufrecht zu erhalten, wie sie es seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts getan hatten. Der Glaube, daß durch eine Wirtschaftspolitik des Laissez-faire eine gute, natürliche Wirtschaftsordnung zur Entfaltung käme, ist geschwunden. Gleichzeitig ist die Wirtschaftspolitik des Interventionismus entstanden. – Die Frage, warum es zu dieser Abkehr vom Laissez-faire kam, ist nicht ganz einfach zu beantworten. Denn zweifellos ist während dieser Epoche der sogenannten freien Wirtschaft die Produktion außerordentlich gestiegen und die Lage der breiten Masse sehr verbessert worden. Am Ende der Epoche stand ein Produktionsapparat da, der an Größe und Leistungsfähigkeit den früheren in ungeahntem Ausmaß übertraf. Dieser Produktionsapparat erzeugte zu Anfang unseres Jahrhunderts so viele Konsumgüter, daß die Versorgung der Völker sich trotz einzigartiger Bevölkerungsvermehrung außerordentlich verbessert hatte. Nicht Leistungsunfähigkeit, – andere Ursachen waren für die Abwendung von der Politik des Laissez-faire verantwortlich.

So die Tatsache, daß sie nicht – wie erwartet – zur Verwirklichung der Wettbewerbsordnung führte, daß vielmehr die Vertragsfreiheit, die der Einzelne besaß, vielfach dazu verwandt wurde, die Freiheit zu beschränken, die Konkurrenz zu beschränken und Machtgebilde zu schaffen: in Kartellen, Konzernen, Trusts, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften. Es entstanden Machtkämpfe – zwischen Kartellen und Außenseitern, zwischen Angebots- und Nachfragemonopolen und andere Kämpfe –, die es nahelegten, daß der Staat eingriff, um einen gleichgewichtlosen Zustand zu beseitigen. – In gleicher Richtung wirkten die großen Kriege und die Kriegsvorbereitungen des 20. Jahrhunderts, welche die Staaten veranlaßten, zur Sicherung ihrer Rüstung sehr tief in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, um die Produktion so rasch und so durchgreifend wie nur möglich auf die Herstellung von Kriegsgütern umzustellen. – Nicht weniger wichtig waren Wandlungen im politischen Denken. Die Verbindung von Volk und Staat, die sich seit der französischen Revolution anbahnte, wurde in den letzten Jahrzehnten so eng, daß der Staat sich für den wirtschaftlichen Alltag des Einzelnen verantwortlich fühlt und

daß auch umgekehrt der Einzelne für wirtschaftliches Unglück nicht wie früher das Schicksal oder sich selbst, sondern den Staat verantwortlich macht. Jede Wirtschaftskrise droht zur Staatskrise zu werden. Damit muß jeder Staat in seiner Politik rechnen – wie die Geschichte der letzten Jahrzehnte eindrucksvoll lehrt.

Dieses Ende des Laissez-faire äußert sich vor allem in der Haltung zur Konjunktur, in der Konjunkturpolitik also. – Treffend ist der Umschwung in der Konjunkturpolitik, der sich unter den Augen der heutigen Generation vollzog; mit einem Hergang verglichen worden, der im langen Verlauf der ägyptischen Geschichte tiefe Spuren hinterlassen hat. Früher, vor vielen Jahrtausenden, haben die Ägypter die Überschwemmungen des Nils als ein Fatum hingenommen. Ein guter Nil brachte gute Ernten, bei schlechtem Nil gab es Mitternte und Hungersnot. Allmählich aber begann der Mensch die Ursachen der Überschwemmungen zu erkennen. Beobachtung und Nachdenken setzten ihn instand, den Nil zu korrigieren. Nach und nach überwand er die fatalistische Haltung. Von den primitiven Versuchen des frühen Altertums an bis zu den großen Wasserbauten unserer Zeit ist es ihm in steigendem Maße gelungen, die Überschwemmungen des Nils zu regulieren, den Einbruch von Notjahren zu verhindern und die gesamte Lage des Landes zu heben.

Ähnlich, nur viel rascher, ändert sich die Haltung des Menschen zu den Konjunkturschwankungen. Früher wurden Aufschwung, Depression und Krise im wesentlichen als Schicksal hingenommen. Zum Beispiel die schwere Agrarkrise der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, in der die deutsche Landwirtschaft und damit der größte Teil des Volkes für etwa ein Jahrzehnt in schwere wirtschaftliche Not geriet. Näher liegt uns die Wirtschaftskrise von 1907. Wohl wurden vom Staate einzelne Maßnahmen ergriffen, um die Not zu lindern, aber die Krisen selbst wurden als Krankheiten angesehen, welche die Wirtschaft durch Selbstheilung überwinden sollte. Königtum und Staatsführung in Preußen wurden durch die schwere Agrarkrise vor 120 Jahren nicht erschüttert. Heute blickt das Volk und jeder Einzelne bei einer wirtschaftlichen Notlage auf die Staatsführung. Sie muß versuchen, Krisen und Depressionen auszurotten. Eine Regierung, unter der sich Arbeitslosigkeit ausbreitet, gerät im innenpolitischen Machtkampf in große Gefahr. Nicht also Linderung der Not, die aus dem Übel

erwächst, sondern Vermeidung der Arbeitslosigkeit wurde das wichtigste Ziel der Konjunkturpolitik. In raschem Tempo entwickelte sich daher ein neuer Stil staatlicher Konjunkturpolitik, die vorwiegend zur Vollbeschäftigungspolitik wurde.

Diese neue Vollbeschäftigungspolitik wird mehr und mehr zu einem Mittelpunkt der gesamten Wirtschaftspolitik. Das ist ein wesentliches Kennzeichen des neuen Stils. Zum Beispiel werden Finanzpolitik, Handelspolitik, Währungspolitik in wachsendem Maße der Vollbeschäftigungspolitik untergeordnet. Mit der finanziellen Tradition, ein Defizit im ordentlichen Staatshaushalt stets – also auch in Zeiten der Krise und Depression – durch Steuererhöhung und Ausgabenkürzung zu decken, ist gebrochen. Man weiß, daß dadurch Krise und Depression verschärft werden können. In mehreren großen Staaten wurde deshalb bei Arbeitslosigkeit die Finanzpolitik so ausgerichtet, daß unter Mehrverschuldung und Ausgabenenerhöhung eine Aufschwungsbewegung in Gang gesetzt wurde, in deren Verlauf dann auch das Staatsdefizit verschwinden sollte. – Wie sehr die Rücksicht auf die Vollbeschäftigung zu einem herrschenden Gesichtspunkt geworden ist, und wie groß die Wendung war, die sich hiermit vollzog, zeigte sich vielleicht am radikalsten in der Währungspolitik. Wer im Jahre 1907 England geraten hätte, unter dem Druck der Wirtschaftskrise abzuwerten, wäre nicht ernst genommen worden. Die Stabilität des Pfundes gehörte zu den Grundlagen der Weltwirtschaft. Heute schrecken sehr viele Regierungen nicht davor zurück, zwecks Erreichung der Vollbeschäftigung diese währungspolitischen Eingriffe vorzunehmen. England hat 1931 aus solchen Gründen abgewertet; viele Länder sind ihm gefolgt.

Daß die Staaten mit ihrer Vollbeschäftigungspolitik eine höchst schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe anfassend, liegt auf der Hand. Soll z. B. in einem bestimmten Moment die Währung abgewertet werden oder nicht? Soll eine Politik des billigen Geldes getrieben werden? Wenn ja, wie? Sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zweckmäßig? Soll die Zentralbank eine Politik stabiler Wechselkurse oder stabilen Preisniveaus oder eine andere Währungspolitik treiben, um Vollbeschäftigung zu erzielen? Solche und viele andere Fragen kann der Verwaltungsfachmann oder der Wirtschaftspraktiker nicht zureichend lösen. Im Zeitalter des Laissez-faire mag ihr Können ausgereicht haben; heute nicht

mehr. Bei dieser Situation liegt es sehr nahe, die nationalökonomische Wissenschaft zu fragen. Die neuere Konjunkturpolitik ist deshalb wissenschaftliche Konjunkturpolitik geworden. Überall gewinnt der Staat Interesse an der wissenschaftlichen Konjunkturforschung, und erschafft oder fördert Institute, die der Konjunkturforschung und -beobachtung dienen.

Was hier für die Konjunkturpolitik gesagt wurde, gilt auch für die anderen Teile der Wirtschaftspolitik. Überall wird das Gehen oder Wachsenlassen durch bewußte Eingriffe verdrängt und stets gewinnt hiermit die Nationalökonomie an praktischer Bedeutung. So z. B. auch auf dem Felde der internationalen Währungsordnung. Die internationale Goldwährung des 19. Jahrhunderts war langsam, nicht selten durch geschichtliche Zufälle gefördert, gewachsen. Heute wird der Versuch gemacht – wie etwa die Beschlüsse von Bretton Woods zeigen – ein vorher durchdachtes internationales Währungssystem einzuführen, bei dessen Ausarbeitung Nationalökonomien unentbehrlich waren. Insgesamt ist diese Entwicklung so stark, daß die Staaten aus innen- und außenpolitischen Gründen auf eine leistungsfähige Nationalökonomie Wert legen müssen.

Die Wichtigkeit der nationalökonomischen Wissenschaft scheint gerade durch diese Entwicklungslinie bewiesen zu sein. Denn viele heutige Menschen messen den Wert einer Wissenschaft an dem Nutzen, den sie dem Staat leistet. Bacon's Worte: »Wissen ist Macht« legitimieren für sie die Wissenschaft. Deshalb scheint die Antwort, die soeben auf die Frage nach dem Wert der Nationalökonomie gegeben wurde, besonders zu befriedigen. Wie die Naturwissenschaften vorwiegend nach ihrem Nutzen für Technik und Staat bewertet werden, so die Nationalökonomie nach ihrem Nutzen für die Wirtschaftspolitik.

Die sehr ernste Problematik, die darin liegt, daß die Wissenschaft in den Dienst politischer Mächte tritt, wird den meisten Menschen nicht bewußt. Auch viele Wissenschaftler sehen sie nicht. Die Wissenschaft wird durch diese Verbindung zum Werkzeug. Und zwar zum Werkzeug in der Hand von Machtfaktoren, die ungebändigt sein können. Die Naturwissenschaft ist hierin vorangegangen. Auf's entschiedenste von den Staaten gefördert, hat sie deren Machtkämpfen ein noch fürchterlicheres Gesicht gegeben als

früher. Der problematische, zwiespältige Charakter der Wissenschaft ist dadurch deutlich geworden: Sie wuzelt zum Teil im reinen Erkenntnisstreben, ist Wissenschaft im Sinne der Griechen und will aus der Welt der Meinungen, Illusionen, Kämpfe zu reiner, ruhiger, abgeklärter Erkenntnis des Kosmos führen. Aber hiermit fast untrennbar verbunden ist ein ganz anderer Wesenszug: Sie erforscht die Welt, um sie zu beherrschen und um in Machtkämpfen nützlich zu sein. Macht hat oft die Tendenz, maßlos zu werden. Und dann ist sie in der Tat – böse. Kein Zweifel, daß die moderne Naturwissenschaft ein Faktor geworden ist, dessen Leistungsfähigkeit die Macht einer Nation entscheidend mitbestimmt. So wurde sie selbst in politisch-militärische Machtkämpfe hineingerissen und hat dabei Kräfte wirksam gemacht, welche die Existenz der Menschheit bedrohen.

Diese tiefe Zwiespältigkeit zeigt sich in abgeschwächtem Maße auch im Wirken der Nationalökonomie. Sie ist reine Wissenschaft, weil sie ein Bild des ökonomischen Kosmos gibt. Davon sprechen wir zuerst. Zugleich aber hat sie sich in Machtkämpfe verstrickt, und nicht selten ist sie Dienerin innerpolitischer Machtgruppen und vor allem des Staates geworden. So war es schon im 16. und 17. Jahrhundert, als der moderne, absolute Machtstaat sich ausbildete und in ihm die hemmungslose Verfolgung der Macht unter Sprengung alter Ordnungen real wurde. Die Ideen des Beuterechts und der Gewalt beherrschten damals die meisten Staaten und Fürsten; und viele merkantilistische Schriftsteller haben diesen Staaten bereitwillig gedient. – »Man kann sagen, daß die Merkantilisten im doppelten Sinne morallos waren, sowohl in ihren Zielen wie in den Mitteln zur Erreichung ihrer Ziele. Diese doppelte Amoralität ergab sich aus ihrer ausgeprägten Gleichgültigkeit gegenüber dem Menschen, sowohl in seiner Eigenschaft als Vernunftwesen wie auch als Ewigkeitswesen.« (E. F. Heckscher)¹⁰

¹⁰ Über den Merkantilismus – neben dem genannten Werk von A. Oncken – das Standardwerk von E. F. Heckscher, *Der Merkantilismus*, 2 Bde. 1932 – ein Buch, das auch den Nebel der beschönigenden oder verharmlosenden Illusionen zerteilt, den viele neuere Schriftsteller um den Merkantilismus geschreitet haben. – Siehe bes. Bd. II, S. 260 ff. Dort auch der auf S. 63 zitierte Satz – Zu dem auf S. 68 gestellten Problem: »Dieses beruhte auf dem Umstand, den man immer wieder von neuem betonen muß, daß näm-

Inzwischen hat sich die Nationalökonomie erst voll zur Wissenschaft entwickelt, und die Struktur der Staaten hat sich mehrfach geändert. Aber grundsätzlich bleibt die gleiche Problematik, die nur der Naiv-Staatsgläubige verkennen kann. Sie besteht, wenn z. B. ein Staat die nationalökonomische Forschung und ihre Ergebnisse dazu benutzt, um durch gestreckte Währungspolitik ein besetztes Land noch gründlicher auszubeuten als es sonst möglich wäre. — Auch die »Vollbeschäftigungspolitik« — diese heute vorherrschende Form der Konjunkturpolitik — ist nicht harmlos. Im heutigen Zeitalter der Massen und unter ihrem Druck entstanden, steht sie mit innerpolitischen Machtkämpfen in sehr naher Verbindung. Daran freilich, daß möglichst vollständige Beschäftigung hergestellt und Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, ist nicht zu zweifeln. Menschlich, wirtschaftlich, sozial und politisch ist Dauerarbeitslosigkeit unerträglich. Aber Beschäftigung ist nur dann sinnvoll, wenn sie der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern dient. Beschäftigung um der Beschäftigung willen hat wirtschaftlich nur in besonderen Fällen einen Sinn. Vermeidung der Arbeitslosigkeit unter sinnvoller, der Bedürfnisbefriedigung dienender Lenkung der Arbeitskräfte und sachlichen Produktionsmittel ist erforderlich. Möglichste Überwindung der Knappheit sollte Ziel der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik sein, — der Knappheit, die sich in den meisten Haushalten Tag für Tag, Stunde für Stunde drückend geltend macht. Davon aber werden Wirtschaftspolitik und Wirtschaft abgelenkt, wenn durch Vollbeschäftigungspolitik Beschäftigung um der Beschäftigung willen angestrebt wird. Die moderne Vollbeschäftigungspolitik mißachtet die Konsumenten; Vollbeschäftigung kann sich — wie die Erfahrung lehrt — mit großer wirtschaftlicher Not verbinden. Wenn zudem der Wille, einseitig Vollbeschäftigung herzustellen — wie kurz geschildert — alle Zweige der Wirtschaftspolitik beherrscht, wird er zum Zerstörer einer funktionsfähigen internationalen Ordnung, führt z. B. zu fortlaufenden Abwertungen und hindert auch durch seine Politik des konstanten Inflationsdrucks den Aufbau dauerhafter und brauchbarer einzel-

Hier die Wirtschaftspolitik nicht so sehr von der wirtschaftlichen Wirklichkeit bestimmt wird als vielmehr von den Vorstellungen über diese Wirklichkeit in den Köpfen der Menschen « (II, S. 47.)

staatlicher Ordnungen, in denen der Wirtschaftsprozess die notwendige Anpassungsfähigkeit besitzt. Bevor also die Wissenschaft überhaupt dieser Politik dient und ihr Ratschläge gibt, sollte sie Fragen, *wem sie diene*⁸.

So erleidet auch die Nationalökonomie das Geschick, das mit ihr viele Wissenschaften — wie die Physik oder die Chemie — erfahren. Sie gerät in Gefahr, in Machtkämpfen eine zweifelhafte Rolle zu spielen. Tragisch wird die Situation vor allem, wenn zwar die Forschung mit reinen Händen arbeitet, ihre Ergebnisse aber zu dunklen Zwecken verwandt werden. Die Entdeckung von Hertz war eine bedeutende, rein wissenschaftliche Tat; aber der Rundfunk, der hieraus entstand, ist teilweise zu einem diabolischen Werkzeug der Vermassung im politischen Machtkampf benutzt worden. Und die Nationalökonomie können es nicht verhindern, daß ihre kredittheoretischen Erkenntnisse zur Finanzierung einer Aufrüstung verwandt werden, die sie ablehnen. — Oft aber ist die Situation eine andere: Der Staat setzt gewisse Ziele und die Wissenschaftler stellen ihre Gedankenarbeit bedenkenlos in den Dienst der staatlichen Zielsetzung. Als ob diese Ziele stets erstrebenswert wären — eben weil sie vom Staate gesetzt sind.

2. »In verruchten Zeiten sei es den besseren Naturen gestattet, aus der äußeren Wirklichkeit in die innere Lebendigkeit sich zurückzuziehen« — meinte Hegel. — Wenn es für die Wissenschaft so bedenklich ist, in die Wirtschaftspolitik hineinzuwirken — wie oben gezeigt wurde —, ist es dann nicht besser, sich von aller Wirtschaftspolitik zurückzuziehen und sich nur der reinen Forschung zu widmen?

Nein. Wie sollen verruchte Zeiten überhaupt überwunden werden, wenn sich die besseren Naturen in die innere Lebendigkeit zurückziehen? Und für die Nationalökonomie gilt: Es besteht ein großer Komplex wirtschaftspolitischer Aufgaben, der über die politischen Machtkämpfe des Tages weit hinausreicht, der also einen wesentlich anderen Charakter trägt und dessen Lösung die Mitwirkung der Wissenschaft erfordert.

Krisen, Depressionen, Hungersnot, wirtschaftliche und soziale

⁸ Siehe Anmerkung Seite 35

Machtkämpfe, rasch zunehmende Vermassung und Vermachtung – das sind Ereignisse, die wir in den letzten Jahrzehnten selbst miterleben. Es gibt kaum Menschen, die von ihnen nicht betroffen wurden; die Existenz sehr vieler Menschen wird dadurch entscheidend bestimmt. Am eigenen Leib spüren wir einen fundamentalen Tatbestand unserer Zeit: Sie besitzt keine Wirtschaftsordnung, die funktionsfähig ist und die den meisten Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. – Wie seit 1789 die überkommenen staatlich-gesellschaftlichen Ordnungen zerstört wurden, so seit der Industrialisierung, die vor etwa 150 Jahren begann und sich immer weiter über den Erdball ausdehnt, die alten Wirtschaftsordnungen, die übrigens auch vielfach unzureichend waren. Alle Teile der Wirtschaft – auch Handwerk, Landwirtschaft, Handel – wurden durch sie umgestaltet. Neue Schichten der Gesellschaft entstanden; so vor allem die Industriearbeiterschaft. Intensität und Umfang der Arbeitsteilung sind sehr stark gewachsen. – Wie kann der neuen industrialisierten Welt mit ihrer vervielfachten Bevölkerung eine zureichende internationale Wirtschaftsordnung und wie können den einzelnen Ländern brauchbare Wirtschaftsordnungen gegeben werden? Nicht allein darum geht es, daß die Menschen existieren können und daß die großen technischen Möglichkeiten von heute wirtschaftlich fruchtbar gemacht werden, sondern zugleich muß in der neuen Ordnung die Gefahr beseitigt werden, daß der einzelne Mensch zum willenslosen Teilchen eines riesigen Wirtschaftsapparates wird, zu einem unfreien, verarmten Wesen, ohne spontane Selbständigkeit, ohne Ursprünglichkeit und ohne Persönlichkeit.

Worin besteht diese wirtschaftliche Ordnungsaufgabe? Dadurch, daß über »Kapitalismus«, »Liberalismus«, »Sozialismus« usw. gestritten wurde und wird, daß sog. weltanschauliche Fragen abgehandelt, Thesen aufgestellt, mit Sentiment und Ressentiment politische Gegensätze ausgefochten werden, wird sie verdunkelt. – Es ist eine sehr nüchterne, ganz konkrete Aufgabe. Sie bezieht sich auf den wirtschaftlichen Alltag, den jeder von uns tagtäglich durchlebt und in dem wir uns die wirtschaftliche Existenz zu verschaffen suchen.

Versetzen wir uns für einen Augenblick erneut in eine kleine, geschlossene Familienwirtschaft von 10–20 Köpfen, eine einfache

zentralgeleitete Wirtschaft oder Eigenwirtschaft, von der bereits die Rede war. Die Aufgabe des Leiters ist es, dafür zu sorgen, daß die verfügbaren Arbeitskräfte, Böden, Werkzeuge, Häuser, Tiere usw. optimal für die Deckung des Bedarfs verwandt werden. Es ist eine überaus schwierige Aufgabe. Denn die Zahl der Verwendungsmöglichkeiten, der Arbeitskräfte und der sachlichen Produktionsmittel ist sehr groß. Es ist dafür zu sorgen, daß alle Tätigkeiten täglich ineinander greifen und ebenso die Verwendungen der Böden, Tiere, Werkzeuge usw. Wenn etwa der Leiter erwägt, ob heute ein oder zwei Männer auf dem Kartoffelacker arbeiten und welche Werkzeuge sie benutzen sollen oder ob der eine einen Wagen reparieren soll usw., so erfolgen alle diese Erwägungen, Bewertungen und Entscheidungen und damit auch alle Handlungen ineinandergreifend zur Befriedigung des Bedarfs dieses kleinen Gemeinwesens. Sie haben jeweils nur im Rahmen eines Gesamtplanes einen Sinn. Es besteht also die vollständige Interdependenz aller wirtschaftlichen Bewertungen und Hergänge. Dem Leiter gelingt die Auslese der günstigsten Pläne und die sinnvolle Ineinandertüftung der einzelnen Anweisungen und Handlungen im Rahmen dieser Pläne nur, weil das Gemeinwesen sehr klein und leicht überschaubar ist.

Aber diese Kleinheit ist zugleich ein Fehler der Eigenwirtschaft. In ihr kann sich nämlich die Arbeitsteilung nur unzureichend entwickeln und die Ergiebigkeit des Wirtschaftsprozesses ist infolgedessen gering. Deshalb wurde sie im Laufe der Wirtschaftsgeschichte bald gesprengt und weitreichender arbeitsteilige Beziehungen entstanden. Die moderne Industrialisierung brachte in diese Entwicklung einen neuen großen Abschnitt. Nun wurden Dutzende und Hunderte von Millionen Menschen arbeitsteilig aufs engste miteinander verknüpft. Millionen von Betrieben und Haushaltungen sind aufeinander angewiesen, jeder Betrieb und jede Haushaltung vollzieht nur einen ganz kleinen Teil eines riesigen Wirtschaftsprozesses. Jeder Mensch ist in seiner Existenz vom Ablauf dieses großen Prozesses abhängig. Davon sprachen wir zu Anfang. – Nunmehr stellt sich das Problem der Lenkung des Wirtschaftsprozesses, das in der geschlossenen Eigenwirtschaft bereits Schwierigkeiten bereitet, in ganz neuer, geradezu verwandelter Form. Jetzt sind unüberschaubar viele, einzelne wirtschaftliche Hergänge, die in Millionen von Betrieben der Land-

wirtschaft, der Industrie, des Verkehrs usw. stündlich ablaufen, aufeinander abzustimmen. Und zwar so, daß insgesamt ein Wirtschaftsprozess zustande kommt, der möglichst optimal der Bedürfnisbefriedigung des ganzen Volkes dient. Was das bedeutet, mache man sich an einem Beispiel klar: In einem Lande werden während eines Jahres 13 Millionen t Rohstahl erzeugt. Wie sind die einzelnen Tonnen auf die ungeheure Zahl der möglichen Verwendungen zu verteilen? Wieviel ist den einzelnen Zweigen des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus, des Handwerks, der Schienenherzeugung und tausenden anderen Verwendungen zuzuweisen? Und welchen Betrieben der einzelnen Branchen in welchen Mengen? Zu welchen Gütern sind sie zu verarbeiten? Aber das Problem liegt noch viel schwieriger: Denn der Rohstahl oder die Walzwerkserzeugnisse sind jeweils mit den geeigneten Arbeitskräften und anderen sachlichen Produktionsmitteln – z. B. Kohle – in richtiger Proportion zu kombinieren. Dabei ist Rohstahl nur eines der zehntausenden von Produkten, die in Kombination mit anderen Produktionsmitteln und mit Arbeitskräften gleichzeitig zu verwenden sind. Jede Arbeitskraft ist so zu beschäftigen, daß sie im Rahmen des Gesamtprozesses die Spannung zwischen Bedarf und Deckung maximal verringert. – Eine unübersehbare Zahl von Bewertungen und Entscheidungen sind tagtäglich nötig, ohne deren erfolgreiche Durchführung und Abstimmung aufeinander der Wirtschaftsprozess im Ganzen und im einzelnen Betrieb sinnlos wird und gleichsam ins Leere greift; ebenso die alltägliche wirtschaftliche Leistung jedes Menschen, auch des Lesers dieser Zeilen. – Das richtige Ineinanderfügen des großen, alltäglichen, arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses zu ermöglichen und den Gesamtprozess optimal auf die Befriedigung von Bedürfnissen zu lenken, ist die zentrale wirtschaftspolitische Ordnungsaufgabe. Mängel in ihrer Lösung rächen sich in Stilllegungen und Unterbeschäftigung oder auch in Vollbeschäftigung mit unzureichender Versorgung.

Freilich: Vom Gelingen und von der Art der Lösung dieses Ordnungsproblems ist nicht allein das wirtschaftliche Leben abhängig. Es besteht ein naher Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung und Ordnung der Gesellschaft, des Staates und des Rechts. Diese Ordnungen finden z. B. andere Fundamente, wenn eine Zentralverwaltung den alltäglichen Wirtschaftsprozess lenkt

oder viele selbständige Betriebe und Haushalte nebeneinander arbeiten und aufeinander abgestimmt werden. – Und noch mehr: Auch die geistig-seelische Existenz der Menschen wird durch die Art der Lösung des wirtschaftlichen Ordnungsproblems nachahrig beeinflußt. Ob z. B. in einer Wirtschaftsordnung die Arbeiter ihren Beruf und ihren Arbeitsplatz frei wählen können oder ob darüber behördliche Zentralstellen entscheiden, deren Weisungen zu gehorchen ist, bedeutet für die menschliche Freiheit und die Entfaltung der Persönlichkeit sehr viel. Und so erweist sich die Frage nach einer funktionsfähigen Ordnung des wirtschaftlichen Alltags auch als eine Zentralfrage des menschlichen Zusammenlebens und der menschlichen Persönlichkeit.

Aus alledem ergibt sich, wie kritisch an dieser Stelle die Situation unseres Zeitalters ist: Ohne weitgespannte und vollständige Arbeitsteilung können seit der Industrialisierung die dicht gedrängten Menschen nicht mehr leben. Aber der riesige alltägliche Prozeß dieser arbeitsteiligen Wirtschaft stellt Ordnungsaufgaben großer Feinheit und Schwierigkeit. Nur bei zureichender Lösung des elementaren wirtschaftlichen Ordnungsproblems können die Menschen der Gegenwart eine Basis für ihr wirtschaftliches und auch für ihr geistig-seelisches Leben erhalten. Aber zugleich stellt die Lösung dieses elementaren Problems sehr hohe Anforderungen. Plumpen Händen kann sie nicht gelingen. – Diese ernste Situation wird durch folgenden Tatbestand weiter erschwert. Gerade in unserem Zeitalter verfällt die Fähigkeit der Menschen, brauchbare Ordnungen zu schaffen, ja auch nur Ordnungen zu verstehen und in Ordnungen zu denken. Das gilt für das Recht, für die Gesellschaft, für die Politik, und das gilt auch für die Wirtschaft. Eine tragische Diskrepanz zwischen Aufgabe und Leistung liegt vor. – Wie kam es dazu? –

Der Glaube an die Zwangsläufigkeit des geschichtlichen Entwicklungsprozesses, der heute viele Menschen beherrscht, hat die Kraft, zureichende Ordnungen zu bilden, entscheidend geschwächt. Wenn man z. B. glaubt, die heutige wirtschaftliche Situation sei mit Notwendigkeit entstanden und die Situation der nächsten Jahrzehnte werde aus der heutigen Lage ebenfalls mit der Notwendigkeit eines natürlichen Entwicklungsprozesses hervorgehen – wie soll man da die Aufgabe sehen, zureichende Wirtschaftsordnungen zu gestalten? Es läuft ja doch alles notwendig ab und

in die Zukunft hinein. »Die Weissagung ist zwar gestorben, aber es die Tatsache, daß unsere Zeit überhaupt Zukunftsberechnungen, Konstruktionen provoziert.« (J. Burckhardt.) Wieder bestätigt sich die historische Erkenntnis, die sich dem Betrachter alter und neuer Wirtschaftspolitik immer wieder aufdrängt, daß nicht die *Tatsachen selbst, sondern die Meinungen und Ideen über die Tatsachen die Wirtschaftspolitik bestimmen*. Heute herrscht in den Köpfen der Menschen der Glaube an einen notwendigen Geschichtsprozeß. Und dieser Glaube veranlaßt die Menschen, sich den vorwiegenden Tagesströmungen anzupassen, also denjenigen Tendenzen, welche jeweils den Geschichtsprozeß in seiner Zwangsläufigkeit zu repräsentieren *scheinen*.

Neben diesem Glauben an die Zwangsläufigkeit des Geschichtsprozesses ist eine andere Grundvorstellung für die Verkenntung des wirtschaftspolitischen Ordnungsproblems unseres Zeitalters verantwortlich. Die Vorstellung nämlich, »punktuell« wirtschaftspolitische Probleme lösen zu können. Man meint, die einzelne wirtschaftspolitische Frage kasuistisch herausgreifen zu dürfen. Der Gesamtzusammenhang aller wirtschaftlichen Errechnungen wird mißachtet. Aber dieser Gesamtzusammenhang besteht und gerade er stellt — wie gezeigt — das zentrale wirtschaftspolitische Problem.

So haben zum Beispiel manche Staaten — auch Deutschland — nach 1929 eine deflationistische Währungspolitik getrieben, die einen starken Preisdruck ausübte. Zugleich wurden in der Lohnpolitik, Handelspolitik usw. Maßnahmen getroffen, um Löhne und Warenpreise zu stützen. Der Deflationsdruck stieß also auf Preise, die vom Staate selbst verhärtet waren. Hier wurde eine punktuelle, nichtkoordinierte, widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik getrieben, die wesentlich zur Verschärfung der Krise, zur Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und zur Produktionsschrumpfung beitrug.

Ein zweites Beispiel punktueller Wirtschaftspolitik: Die ungezählten Marktregulierungen, die in den vergangenen Jahrzehnten in fast allen Staaten der Erde stattgefunden haben. Dabei standen in vielen Staaten die Marktregulierungen von landwirtschaftlichen Produkten zunächst stark im Vordergrund, während die Märkte von Industriewaren später folgten. Meist wurden für die einzelnen Marktgebiete besondere Maßnahmen getroffen, so

daß nicht etwa einheitliche Prinzipien zur Durchführung gelangten. Sehr verschiedene Methoden gelangten in den einzelnen Produktionszweigen zur Anwendung: Vorschriften über Kalkulation, Preiserrechnung; Buchführung; über Handelsklassen und über die allgemeinen Geschäftbedingungen; Preisfestsetzungen, Schaffung von Zwangskartellen, von Einfuhr- und Ausfuhrmonopolen; Investitionsverbote, Anbauverbote, Beimischungszwang und Ablieferungszwang an bestimmte Stellen, der dann oft mit einer Kanalisierung der Absatzwege vom Erzeuger bis zum Verbraucher verbunden war und ist. Bei den hunderten und tausenden von Regulierungen verschiedenartiger Märkte entstanden Einzelfragen von großer Vielfältigkeit, die schwer zu bewältigen waren. Umso mehr gelang es beteiligten wirtschaftlichen Machtgruppen, die Schaffung und Umänderung von Marktregulierungen in ihrem Sinne zu beeinflussen und hierdurch ihre Machtposition zu festigen. Den langfristigen Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen auf den regulierten Markt und auf andere Zweige der Produktion wurde oft nicht Rechnung getragen. Man erinnere sich z. B. an die Weizen- oder Kaffeewalorisationen, die regelmäßig mißglückten, zu schweren Fehlleitungen von produktiven Kräften führten und die nicht selten in Zusammenbrüchen endeten. Diese punktuellen Marktregulierungen berücksichtigten regelmäßig nicht zureichend, welche Funktionen Preisschwankungen haben, daß mit der Festhaltung der Preise die Abstimmung der einzelwirtschaftlichen Pläne und Handlungen aufeinander behindert wird, und sie vernachlässigen die Wirkungen, welche die partielle Marktregulierung auf den gesamten Wirtschaftsprozess des Landes und seine internationalen Beziehungen ausübt. Immer wieder zeigte sich, daß die einzelnen Marktregulierungen der Landwirtschaft, der Industriezweige, des Verkehrs gegeneinander wirkten und verhinderten, daß der Wirtschaftsprozess durch Preise sinnvoll gelenkt wurde.

Die Mißerfolge, welche die Wirtschaftspolitik der meisten Länder während des letzten halben Jahrhunderts erlitten hat, sind zum erheblichen Teil auf diese Nichtbeachtung des Gesamtzusammenhangs (der sog. »Interdependenz«) aller wirtschaftlichen Tatsachen, also auf die mangelnde Koordination der wirtschaftspolitischen Einzelentscheidungen zurückzuführen. Wenn wir aus der Ära wirtschaftspolitischer Mißerfolge herauskommen wollen, so sollten wir uns zunächst daran gewöhnen, die punk-

tuelle Wirtschaftspolitik zu überwinden, jede einzelne wirtschaftspolitische Handlung* in dem wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang zu sehen, alle zusammen aufeinander abzustimmen und sie dadurch sinnvoll zu machen.

Diese Koordination in der Wirtschaftspolitik gelingt dadurch, daß die Entscheidung über alle wirtschaftspolitischen Einzelfragen davon abhängig gemacht wird, welche Wirtschaftsordnung im ganzen verwirklicht werden soll. Man muß sich daran gewöhnen, Währungspolitik, Sozialpolitik, Handelspolitik, Agrarpolitik, Steuerpolitik usw. als Teile der Wirtschaftsordnungs-Politik aufzufassen. Auf die sinnvolle Lenkung des Gesamtprozesses kommt es an. Die Gesamtscheidung über die Ordnungsprinzipien – die Schaffung einer »Wirtschaftsverfassung« – hat am Anfang zu stehen. Daraus ergeben sich Rangierung und Inhalt der Einzelmaßnahmen.

Das also ist das große wirtschaftspolitische Ordnungsproblem, das neben den anderen großen Ordnungsfragen der Gegenwart – so des Rechts, des Staates, der Gesellschaft – steht und mit ihnen eng verbunden ist. – Über seine Lösung kann hier nicht ausführlich gehandelt werden¹¹. Es wäre dann die Frage aufzuwerfen,

¹¹ Über die wirtschaftspolitischen Ordnungsprobleme der Gegenwart:

Grundsätzlich: *Franz Böhm*, Wettbewerb und Monopolkampf, 1933; *Fr. Haussmann*, Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schicksalswende, 1940; *F. A. v. Hayek*, The Road to Serfdom, deutsche Übersetzung »Der Weg zur Knechtschaft«, 1945; *L. Milsch*, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl. 1947; *W. Röpke*, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 1942, und *Cyrilas Humana*, 1944; *A. Rüstow*, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem, 1945; *H. v. Siedelberg*, Grundzüge der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 1943, 2. und 7. Kapitel; *W. Eucken*, Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung in »Der Wettbewerb«, 1942.

Über die Probleme der internationalen Ordnung insbesondere: *L. Robbins*, Economic Planning and International Order, 1937; *W. Röpke*, Die internationale Ordnung, 1945. – Über die Ordnung der Landwirtschaft: *C. von Dietze*, Landwirtschaft und Wettbewerbsordnung, *Schnollers Jahrb.*, 1942. – Über die Ordnung des Geldwesens: *H. Gestrich*, Kredit und Sparen, 2. Aufl. 1947; insbes. 6. Kap.; und Neue Kreditpolitik, 1936; *Fr. Lutz*, Goldwährung und Wirtschaftsordnung, *Weltw. Archiv*, 1935, und Das Grundproblem der Geldverfassung, 1936. –

welche Möglichkeiten der Lösung bestehen und wie sie sich auswirken würden. Immerhin seien einige Andeutungen gegeben.

Der Grundgedanke einer Wirtschaftspolitik des *Laissez-faire* ist kurz gesagt folgender: die Ineinanderverfügung aller wirtschaftlichen Einzelhergänge wird der wirtschaftlichen Entwicklung selbst überlassen. Wenn jeder Bauer, jeder Arbeiter und jeder Industrielle frei seinem Interesse nachgeht – sollte da nicht auch das beste Ineinandergreifen des gesamten Wirtschaftsprozesses erreicht werden? Liegt nicht in der Wirtschaft selbst eine richtige natürliche Ordnung, die sich spontan verwirklicht, wenn die notwendige Freiheit besteht? Dieser Gedanke verknüpfte sich in der klassischen Nationalökonomie mit der bedeutenden Entdeckung, daß die vollständige Konkurrenz ein strenges, überaus wirkungsvolles regulatives Prinzip darstellt.

So wurde die »freie« Wirtschaft gefordert und in den meisten Ländern während des 19. Jahrhunderts durchgesetzt. Während ihrer Herrschaft vollzog sich eine außerordentliche Steigerung der Produktion und eine einzigartige Erhöhung des Lebensstandards der Massen. Aber schwere Mängel machten sich ebenfalls geltend.

Die drei Ordnungstypen, die im Zusammenhang mit dem wirtschaftspolitischen Hauptproblem des gegenwärtigen Zeitalters skizziert wurden, sind keine reinen, konstanten Grundformen, von denen im vorigen Teil die Rede war (s. z. B. S. 33 ff.). Vielmehr sind es Typen konkreter Wirtschaftsordnungen, in denen mehrere reine Formen miteinander verschmolzen sind und die sich dadurch unterscheiden, daß in ihnen verschiedene Ordnungsformen *dominieren*. – In Ländern, in denen sogen. »freie Wirtschaft« herrschte, waren die reinen Ordnungsformen der Verkehrswirtschaft dominierend verwirklicht, und zwar – besonders im zwanzigsten Jahrhundert – in wachsendem Umfang monopolistische, teilmonopolistische, oligopolistische und teiologopolistische Marktformen. – In den Wirtschaftsordnungen des zweitgenannten Typs dominieren zwar zentralverwaltungsverwirtschaftliche Lenkungsverfahren; aber es gab und gibt in ihnen daneben noch andere ergänzende Formen: so der Eigenwirtschaft sowie der Verkehrswirtschaft in verschiedenartigen Marktformen. In den einzelnen konkreten Wirtschaftsordnungen dieses Typs bestehen je nach Art und Verschmelzung der ergänzenden Formen Unterschiede; so zwischen den Kriegswirtschaftsordnungen der verschiedenen Länder des zwanzigsten Jahrhunderts. – In »Wettbewerbsordnungen« aber dominiert die Marktform der vollständigen Konkurrenz. Daneben bestehen in ihr eigenwirtschaftliche Formen und andere, verkehrswirtschaftliche Marktformen, wobei aber Monopole und Oligopole zu einem wettbewerbsähnlichen Handeln zu veranlassen sind.

Erstens: Die sog. freie Wirtschaft wurde zu *vernachlässigter* Wirtschaft. Die Erwartung, daß sich in einer freien Wirtschaft die vollständige Konkurrenz überall realisieren, erfüllte sich nicht. So groß die Entdeckung des regulativen Prinzips der vollständigen Konkurrenz war – sie verband sich in der klassischen Nationalökonomie mit dem Irrtum, daß Konkurrenz durch Laissez-faire verwirklicht werde. Die Freiheit wurde in der »freien« Wirtschaft auch dazu gebraucht, um Kartelle, Konzerne, Trusts und andere, soziale Machtgruppen zu bilden. Daraus ergab sich, daß entweder die Preise monopolistisch erstarren oder daß Kämpfe zwischen Angebots- und Nachfragemonopolen, zwischen Teilmonopolen und Außenseitern und zwischen Oligopolisten ausbrachen. Preise haben in einer Wirtschaftsordnung, die nicht zentral geleitet wird, die Funktion, die ungezählten kleinen Teilstücke des gesamten Wirtschaftsprozesses, die in jedem einzelnen Haushalt und Betrieb ablaufen, ineinander zu fügen. Ob die Preise diese überragend wichtige volkswirtschaftliche Funktion erfüllen, hängt davon ab, in welcher Weise sie gebildet werden. – Auf monopolistischen oder teilmonopolistischen oder oligopolistischen Märkten erfüllen sie diese ihre Funktion nicht oder nicht zureichend. Als die Wirtschaft immer mehr von solchen Machtgebilden durchsetzt wurde, mußte sie krisenanfällig und unstabil werden, ein Zustand der »Gruppenanarchie« bildete sich heraus. Arbeitslosigkeit mußte entstehen und soziale Kämpfe – Streiks und Aussperrungen – brachten schwere Störungen. Punktuell durchgeführte Marktregulierungen verschlimmerten das Übel. – Ein *zweiter* Mangel der freien Wirtschaft: Diese Machtgruppen haben auch den internationalen Handel schwer beeinträchtigt, indem die großen Konzerne, Kartelle, Pools und Trusts ihren Machtbereich über die nationalen Grenzen ausdehnten, dabei oft in Konflikt miteinander gerieten oder – bei Abkommen miteinander – die Märkte erstarren ließen. *Drittens*: Gegenstück der Vernachlässigung war stets Vernassung: Der Einzelne wurde von dem anonymen Apparat der Großkonzerne, Trusts und sozialer Machtgruppen abhängig; er wurde unfrei. – *Viertens*: Die Gleichgewichtslosigkeit vieler Märkte, Krisen und Arbeitslosigkeit veranlaßten den Staat in steigendem Maße, in die Wirtschaftsabläufe einzugreifen. Gerade die amerikanischen und die deutsche Wirtschaftsgeschichte haben gezeigt, wie aus dem Versagen der freien Wirtschaft die Tendenz

zur Zentralverwaltungs-wirtschaft entsteht. Das gruppennarchische Nebeneinander von Machtblocks der Industrie, der Gewerkschaften und der Landwirtschaft kann keine brauchbare Lenkung des Gesamtprozesses bringen und verursacht das Vordringen der Zentralverwaltungs-wirtschaft. Die sog. »freie« Wirtschaft ist die Vorfrucht einer Wirtschaftsordnung »zentralverwaltungs-wirtschaftlichen« Charakters.

Dies ist der zweite Typus von Wirtschaftsordnungen. In ihm steuern zentrale politische Stellen die wesentlichen wirtschaftlichen Abläufe. – Von den Planstellen einer Zentral-Verwaltungs-wirtschaft können zwar die produktiven Kräfte rasch auf die Lösung einzelner Aufgaben – z. B. der Rüstung oder der Elektrifizierung – hingelenkt werden, und es gelingt, Vollbeschäftigung durchzusetzen. Aber folgende Gefahren werden akut: Den zentral-behörlichen Planstellen kann die Ineinanderfügung der einzelnen Teilstücke des modernen Wirtschaftsprozesses nicht gelingen. Im Gegensatz zur kleinen Eigenwirtschaft kann hier nicht *ein* Leiten den Gesamtprozeß überblicken, alle Bewertungen zutreffend vollziehen und die Weisungen so geben, daß die Einzelhergänge sinnvoll zusammenwirken. Es fehlt an einer ausreichenden Wert- oder Preisrechnung. Die Auslese der optimalen Verwendungen für die Millionen von Arbeitskräften und für die unabschätzbare Menge sachlicher Produktionsmittel, die ineinandergreifend tagtäglich vollzogen werden sollte, überschreitet das Vermögen der Zentral-Verwaltungs-wirtschaft. Fehlleitungen finden infolgedessen in großem Stil und dauernd statt, die letzten Endes zu Lasten der Konsumenten gehen. Der Forcierung von Investitionen steht in diesem Typus der Wirtschaftsordnung die Vernachlässigung der Bedarfsdeckung gegenüber. Er ist – wie auch die geschichtliche Erfahrung lehrt – das Gegenteil der »Bedarfsdeckungswirtschaft«, und er verfehlt insofern den Zweck, denn schließlich alle wirtschaftliche Tätigkeit dienen sollte. *Zweitens*: Sobald die Wirtschaftslenkung in die Hand politischer Zentralstellen gerät, werden die weltwirtschaftlichen Beziehungen gefährdet, wie die Geschichte der Handelspolitik gerade seit 1933 beweist. Jedes einzelne Geschäft im Außenhandel solcher Länder wird zu einem Akt ihrer, meist imperialen Außenpolitik. So notwendig eine brauchbare Weltwirtschaftsordnung gerade in heutiger Zeit für die meisten Länder ist, so unfähig erweisen sich Länder mit zentraler

Wirtschaftssteuerung, diese Aufgabe zu lösen. Es entwickelt sich ein Nebeneinander und Gegeneinander staatlich-wirtschaftlicher Machtkörper, die in dauerndem Spannungsverhältnis zueinander leben. *Drittens*: Die Konzentration aller wirtschaftlichen Macht in den politisch-zentralen Planstellen verleiht der staatlichen Führung und dem Beamtenapparat ein erdrückendes Übergewicht über das ganze Leben der Menschen. Das Leben verliert seinen privaten Charakter. Mit der wirtschaftlichen Entschlußfreiheit und der wirtschaftlichen Selbstverantwortung schwindet die Freiheit überhaupt. Kommissare und Beamte leiten den Wirtschaftsprozess. Der Arbeiter steht der einen großen Zentralverwaltung machtlos gegenüber und ist ihr vollständig ausgeliefert. Zentralverwaltungs-wirtschaft und Freiheit sind miteinander nicht vereinbar.

Die wirtschaftspolitische Diskussion des 19. und 20. Jahrhunderts ging meist von der Grundansicht aus, daß nur diese beide Möglichkeiten bestünden: Freie Wirtschaft oder eine Wirtschaftsordnung des zentralveraltungswirtschaftlichen Typs; ein Gegensatz, der dann recht unklar mit den Worten Kapitalismus contra Sozialismus bezeichnet wurde. Aber geschichtliche Erfahrung und theoretisch-morphologisches Denken ließen im Laufe der letzten Jahrzehnte immer deutlicher erkennen, daß noch eine dritte Möglichkeit der Ordnung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses besteht: Die »Wettbewerbs-Ordnung«. — Der Staat fördert und erhält eine Ordnung, bei der auf möglichst vielen Märkten vollständige Konkurrenz wirksam wird. Wenn die Ideen der Wettbewerbsordnung heute an Einfluß gewinnen, so hängt dies vor allem mit dem gefährlichen Wachstum des Problems der wirtschaftlichen Macht zusammen. Das Machtproblem entstand in seiner modernen Form — wie wir wissen — im Zeitalter der freien Wirtschaft. Aber nun zeigt sich, daß die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch zentralveraltungswirtschaftliche Planstellen noch größere und gefährlichere Machtkörper schafft, daß also durch zentralveraltungswirtschaftliche Lenkung das Problem der wirtschaftlichen Macht nicht etwa gelöst, sondern verschärft wird. Eine Neubesinnung erweist sich als notwendig. Und hierbei bietet sich der Wettbewerb als das einzige Mittel dar, um wirtschaftliche Macht zu brechen. — Die Wettbewerbsordnung leistet insgesamt vor allem folgendes: *Erstens* lenken Preise, die in vollständiger Konkurrenz zustande kommen, den Wirtschaftsprozess — bei ge-

gebener Kaufkraftverteilung — sinnvoll. Die Wirtschaftsrechnung ist korrekt. Die Preise und Preisrelationen bringen die Knappheitsgrade der einzelnen Güter richtig zum Ausdruck, so daß die Hergänge in den einzelnen Betrieben ineinander gefügt und der Gesamtprozess auf die Deckung von menschlichen Bedürfnissen optimal gelenkt wird — wobei aber die Menschen nur entsprechend ihrer Kaufkraft Bedürfnisse geltend machen können.

Zweitens: In der Wettbewerbsordnung kann sich der Leistungswettbewerb entwickeln; Schädigungs- und Behinderungs-wettbewerb (Monopolkampf) fehlen. Die private Initiative kann sich voll entfalten, aber sie wird durch den Wettbewerb kontrolliert. — *Drittens*: Die Wettbewerbsordnung ist zur internationalen Ordnung in hohem Maße geeignet. Sie zeigt hierin nicht die Mängel, die eine vernachlässigte »freie« Wirtschaft oder eine Wirtschaftsordnung des zentralveraltungswirtschaftlichen Typs aufweist und verknüpft auch über die Grenzen Betriebe und Haushalte sinnvoll. *Viertens*: Freiheit und Ordnung befinden sich in der Wettbewerbsordnung im Gleichgewicht. Sie wahrt die Selbstverantwortung des Einzelnen; aber sie gewährt ihm nicht die Freiheit, durch Schaffung von Machtgebilden die Freiheit Anderer zu beseitigen. — Auch in dieser Hinsicht unterscheidet sie sich von der sog. »freien« Wirtschaft.

Den großen Vorzügen der Wettbewerbsordnung stehen gewisse Schwierigkeiten gegenüber, auf welche ihre Verwirklichung stößt. Vor allem ist es der moderne Konzentrationsprozess, diese zentrale Tatsache der neueren wirtschaftlichen Entwicklung, die sich ihrer Durchsetzung entgegenstellt. Der Konzentrationsprozess besteht darin, daß in ihm durch Bildung von Konzernen, Trusts, Kartellen und sozialen Kampfgruppen die Leitung mehrerer oder vieler Betriebe oder die Versorgung von Märkten in die Hand einzelner Personen gerät, die dadurch wirtschaftliche Macht ausüben. Nicht die Vergrößerung der einzelnen industriellen Werke, die sich im Zuge der technischen Entwicklung vollzieht, ist entscheidend, sondern die Beherrschung vieler Werke durch Einzelne. »Da die eigentliche Wurzel der Konzentration nicht der »Betrieb«, sondern das »Unternehmen« und seine Verbindungen sind, wäre es abwegig, das Konzentrationsproblem auch nur annähernd mit der Frage der wachsenden Betriebsgröße zu identifizieren«. »Diese Feststellung ist für die Wirtschaftspolitik gegenüber der Konzen-

trationsbewegung von fundamentalter Bedeutung. Sehr häufig meint man, eine »Monopolpolitik« ließe sich mit einer Politik der »optimalen Betriebsgrößen« identifizieren. In Wahrheit lösen die Fragen der technischen Betriebsgröße nur einen Teil des Konzentrations- und Monopolproblems, und noch dazu einen keineswegs entscheidenden« (Fritz Haubmann).

Um das Problem zu lösen – und von seiner Lösung hängt Entscheidendes ab – ist es nötig, die Bildung von Machtkörpern zu verhindern, nicht etwa nur einzelne Mißbräuche zu bekämpfen. Die Wirtschafts- und Rechtspolitik der meisten Industriestaaten hat in dieser Frage eine zwiespältige und widerspruchsvolle Haltung eingenommen. Durch ungezählte Bestimmungen des Gesellschaftsrechts, des Steuerrechts, des Patentrechts, des Konkursrechts, der Handelspolitik, der Kreditpolitik usw. ist der Konzentrationsprozeß in der Industrie entscheidend gefördert, vielfach überhaupt erst angeregt worden. Stellen sich dann die schweren Nachteile der Konzentration heraus, so suchen manche Staaten durch eine besondere Anti-Monopolgesetzgebung gewisse Schäden zu bekämpfen. Der Staat bekämpft also unmittelbar Gebilde, deren Schaffung, Erhaltung und Ausbreitung er mittelbar begünstigte. Kein Zufall, daß sich bei solcher allgemeiner Wirtschaftspolitisch und Rechtspolitik industrielle Machtbildungen immer weiter ausdehnten und daß die eigentliche Anti-Monopolpolitik im wesentlichen scheiterte, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten lehrt. Entscheidend ist also, daß in dieser Hinsicht ein Wandel eintritt und die gesamte Wirtschaftspolitik und das Wirtschaftsrecht vom Gesellschaftsrecht bis zur Handelspolitik auf die Realisierung der vollständigen Konkurrenz ausgerichtet werden und dadurch eine sinnvolle Einheit erhalten. Der Staat hat das rechtliche Rahmenwerk zu geben, in dem sich die Konkurrenz auf den Märkten entfalten kann. – *Zweitens*: Wo sich trotzdem Monopole bilden, ist eine staatliche Monopolkontrolle durchzuführen. Diese Monopolkontrolle hat nach einer klaren und eindeutigen Richtlinie zu arbeiten. Sie lautet: Die unterstellten Unternehmen und Unternehmenszusammenfassungen sind zu veranlassen, ihre Preise und Ausbringungsmengen so zu bemessen, als ob sie sich in vollständiger Konkurrenz befänden. Auch diese Monopolkontrolle stellt schwierige Aufgaben. Schließlich zeigt die neueste Wirtschaftsgeschichte, daß es den Staaten schwer fällt, eine funk-

fähige internationale Währungsordnung und brauchbare nationale Währungen zu schaffen. Ohne deren Existenz kann aber die Wettbewerbsordnung nicht zureichend funktionieren. Preise werden in Geldeinheiten ausgedrückt und in Geld gezahlt. Die Preis- und Kostenrechnung verliert deshalb ihre ordnende Kraft, wenn das Geldwesen z. B. in Inflations- und Deflationsprozessen versagt. Nur wenn freie Devisenmärkte bestehen und bei einigermaßen stabiler Währung ist die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch Konkurrenzpreise erfolgreich. Falls diese Teilordnung – die Währung – versagt, wird zentralveraltungswirtschaftliche Lenkung in anderen Teilgebieten der Wirtschaft provoziert. – Mit einer dauerhaften Lösung der Währungsprobleme wäre Entscheidendes gewonnen.

Der Unterschied der drei Ordnungstypen läßt sich – etwas überspitzt – auf folgende Formel bringen: In einer sog. freien Wirtschaft bestimmt der Staat *weder* die *Wirtschaftsordnung* noch den alltäglichen Wirtschaftsprozess. In einer Wirtschaftsordnung vorwiegend zentralveraltungswirtschaftlicher Art wird sowohl die Wirtschaftsordnung als auch der alltägliche Wirtschaftsprozess, der im Rahmen der Wirtschaftsordnung abläuft, vom Staate unmittelbar bestimmt. In einer Wettbewerbsordnung fördert und erhält der Staat die Wirtschaftsordnung, *nicht* aber den alltäglichen Wirtschaftsprozess, der auf Grund freier Entscheidungen der Haushalte und Betriebe erfolgt.

Aus der Gesamtentscheidung ergibt sich die Haltung zu allen wirtschaftspolitischen Einzelfragen. Zum Beispiel läßt die Politik der »freien« Wirtschaft Monopole dort zu, wo sie sich aus der Wirtschaft heraus bilden. – Beim Übergang zur zentralveraltungswirtschaftlichen Lenkung wird die Bildung von Monopolen gefördert; denn für die zentralen Planstellen sind z. B. Zwangs syndikate zweckmäßige Lenkungsinstrumente. – In der Wettbewerbsordnung aber muß alles geschehen, um die Monopolbildung zu verhindern, die das wichtigste Ordnungsinstrument, nämlich die Konkurrenz, zerstört.

Nicht darauf kommt es hier an, Antworten auf die gestellten Fragen zu geben, sondern es soll nur gezeigt werden, wie geartet die Fragen sind und in welcher Richtung die Antworten gesucht werden. – Die Lösung der modernen Wirtschaftsordnungs-

Probleme denkend vorzubereiten, ist Sache der *Wissenschaft*. Die Ordnung ist zu suchen, welche der Sache, der historischen Situation und dem Menschen entspricht. Je weiter die Arbeitsteilung greift, je komplizierter der Wirtschaftsprozess wird und je mehr die Industrialisierung fortschreitet, umso schwerer ist es, die richtige, die wahrhaft humane Ordnung zu verwirklichen. Früher mag hierfür die Alltags Erfahrung ausgereicht haben, heute nicht mehr. Die Wissenschaft, die durch ihr Eindringen in die wirtschaftliche Wirklichkeit deren Ordnungsgefüge und die Zusammenhänge des alltäglichen Wirtschaftsprozesses sichtbar macht, ist auch in jenseitigen, die sachlich gebotene Ordnung zu erkennen. Somit hat die Tatsache, daß die moderne Industrialisierung Ordnungsaufgaben von bisher ungehörter Dimension und Schwierigkeit schafft, auch die Bedeutung verschoben, welche die Ergebnisse wissenschaftlich-nationalökonomischer Forschung haben. — Der Formenreichtum der industrialisierten Wirtschaft ist zu groß, und die Zusammenhänge des modernen Wirtschaftsprozesses sind zu kompliziert, als daß man auf die Wissenschaft verzichten könnte. Durch die historische Entwicklung selbst, die bewußte Gestaltung der Ordnung fordert, ist der Wissenschaft auch diese Aufgabe zugewiesen. Bei der Arbeit hieran erweist der wissenschaftliche Denkapparat der Wirtschaftssysteme und Marktformen erneut seinen unschätzbaren Wert (s. S. 31 ff.). — In methodologischer Reflexion ergründen zu wollen, ob die Wissenschaft hierzu befugt sei oder nicht, führt nicht weit. Die große wirtschaftliche Ordnungsaufgabe liegt vor. Wie soll sie erkannt und gelöst werden, wenn sich ihr diejenige Potenz entzieht, die Ordnungsgefüge und Zusammenhänge der wirtschaftlichen Wirklichkeit am besten kennt? Soll sie den Ideologen oder den Interessenten das Feld räumen? Obwohl sie weiß, daß diese allesamt scheitern werden? Die schöpferische Aktivität des wissenschaftlichen Gedankens ist unentbehrlich.

Rasche Erfolge werden der Wissenschaft auch auf diesem Felde nicht beschieden sein. Für die Gegenwart gilt hier ebenfalls, was — wie wir sahen — für die Vergangenheit galt. In der Dauerwirkung, in der allmählichen Formung des ordnungspolitischen Denkens von führenden Schichten liegt ihre Chance.

*

»Wissenschaft hat einen inneren wahren Wert nur als Organ der Weisheit« (Kant). Diesem Anspruch genügt die Nationalökonomie, wenn sie im scheinbaren Chaos des mannigfaltigen wirtschaftlichen Alltags, in der Fülle wechselnder Einzelschattungen Einheit und Zusammenhang erkennt. Indem sie *Wahrheit* sucht, schafft sie ein tieferes Verhältnis zur wirtschaftlichen Wirklichkeit, in der jeder Mensch existiert und wird dadurch — Wissenschaft. Das war das erste Ergebnis unserer Untersuchung. — Nationalökonomische Erkenntnisse besitzen einen bedeutenden, neuerdings wachsenden, praktischen, wirtschaftspolitischen Wert. Sie kann sich zur Lösung drängender innen- und außenpolitischer Tagesaufgaben brauchbar erweisen. Hier zeigt sie sich von einer ganz anderen Seite. Sie wird nützlich — aber für wen und für was? Sie dient der politischen *Macht* und wird dadurch mit vielen anderen Wissenschaften oft fragwürdigen Zwecken dienstbar. — Aber hiermit ist ihre praktische Bedeutung nicht erschöpft. Sie ist — und nunmehr sahen wir sie von einer dritten Seite — unentbehrlich und auch ein »Organ der Weisheit«, wenn sie eine der großen Fragen des Zeitalters zu lösen hilft, die über die politischen Machtkämpfe des Tages weit hinausgreift: Nämlich eine menschenwürdige und funktionsfähige *Ordnung* der Wirtschaft zu schaffen. In diese Aufgabe wächst sie erst in neuester Zeit hinein. Dadurch kann sie sich als sinnvoll ordnende Kraft bewähren.